

Gesellschaftspolitische Folgen der demografischen Entwicklung

Vortrag von Prof. Dr. Herwig Birg
anlässlich der Hauptversammlung der
R+V Versicherung AG am 28. April 2005

Vorwort

Erst die Erkenntnis, dass unsere gesetzlichen Sozialversicherungssysteme künftig die erwarteten Leistungen nicht mehr garantieren können, rückte dieses Thema ins Blickfeld öffentlichen Interesses: die demografischen Folgen einer alternden und schrumpfenden Bevölkerung.

Was bedeutet es für eine Gesellschaft, wenn die über 60-Jährigen die stärkste Altersgruppe bilden, weil immer weniger Kinder geboren werden und gleichzeitig die Lebenserwartung der Menschen kontinuierlich steigt?

Die Herausforderungen für Politik und Wirtschaft sowie für jeden einzelnen Bürger sind immens und fordern zum Umdenken auf.

Nach Meinung des Bevölkerungswissenschaftlers Prof. Dr. Herwig Birg ist es nicht etwa fünf Minuten vor zwölf, wenn es

darum geht, die Gesellschaft wieder zu verjüngen – es ist dreißig Jahre zu spät. Denn die Ursachen demografischer Entwicklungen liegen Jahrzehnte zurück.

Welche Auswirkungen das für unsere Gesellschaft hat, beschreibt Prof. Birg eindringlich. Er zeigt das Konfliktpotenzial auf, das unsere Gesellschaft vor eine Zerreißprobe stellt, vor allem durch zunehmende Probleme zwischen Jung und Alt, Kinderlosen und Familien mit Kindern sowie Deutschen und Zuwanderern. Deutschland ist – so Prof. Birg – das erste Land weltweit, das infolge der demografischen Entwicklung massive Probleme bekommen wird.

Heute stehen Themen wie finanzielle Sicherheit im Alter, ausreichende Krankenversorgung und Pflege im Alter auf der politischen Agenda. Kapitalgedeckte Versicherungsprodukte helfen hier dem Bürger, die notwendige Eigenvorsorge aufzubauen.

Die Politik ist aufgerufen, hierfür verlässliche und zukunftsweisende Rahmenbedingungen zu schaffen.

In Deutschland hat die private Versicherung jedoch noch immer eine weitaus geringere Bedeutung als die gesetzliche Sozialversicherung. In anderen Ländern ist die private Vorsorge stärker auf dem Vormarsch: In den USA zum Beispiel wird 1,5-mal so viel für private Versicherungen ausgegeben wie in Deutschland, in Großbritannien das Doppelte und in der Schweiz das Dreifache.

Als Versicherer innerhalb des genossenschaftlichen Finanzverbundes unterstützen wir gemeinsam mit unseren Vertriebspartnern, den Volksbanken und Raiffeisenbanken, die Privatkunden sowie unsere gesamte mittelständische Klientel mit entsprechenden Lösungen für die Altersvorsorge und Krankenversicherung. Ein wichtiger Beitrag angesichts der künftigen demografischen Entwicklung.



Dr. Jürgen Förterer

Vorstandsvorsitzender
der R+V Versicherung AG



Dr. Jürgen Förterer,
Vorstandsvorsitzender
der R+V Versicherung AG

Kontakt:
Prof. Dr. Herwig Birg
Universität Bielefeld
Postfach 10 01 31
33501 Bielefeld
Tel. Zentrale:
(05 21) 1 06-00
Tel. direkt:
(05 21) 1 06-69 89
Tel. privat:
(0 30) 80 90 76 88
Email: herwig.birg
@uni-bielefeld.de
www.herwig-birg.de



Der Referent

Prof. Dr. Herwig Birg war bis 2004 Inhaber des Lehrstuhls für Bevölkerungswissenschaft und Demografie an der Universität Bielefeld, Geschäftsführender Direktor des Instituts für Bevölkerungsforschung und Sozialpolitik (IBS) und Präsident der Deutschen Gesellschaft für Demografie.

Der international gefragte Bevölkerungsexperte berät als Mitglied der United Nations Expert Group on World Population und Kuratoriumsmitglied des Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung heute zahlreiche Unternehmen, Verbände und öffentliche Auftraggeber.

Demografischer Wandel verändert Gesellschaft

Der Alterungsprozess der Bevölkerung hat inzwischen die ganze Welt erfasst. Diese Entwicklung ist kurzfristig nicht zu ändern – sie ist auf Jahrzehnte hinaus unumkehrbar.

Die Auswirkungen sind weit reichend: Vor allem der Bedarf an staatlichen Umverteilungsmaßnahmen steigt künftig dramatisch. Gleichzeitig schwinden die Möglichkeiten des Staates, diesen Bedarf zu decken, weil die Steuereinnahmen demografisch bedingt stagnieren oder sogar zurückgehen. Der Verteilungsstress innerhalb der Gesellschaft nimmt folglich stark zu.

Ursachen demografischer Entwicklungen liegen Jahrzehnte zurück

Die demografische Alterung beruht im Wesentlichen auf den dramatisch gesunkenen Geburtenraten und absoluten Geburtenzahlen der letzten dreißig Jahre. Die immer weiter steigende Lebenserwartung spielt dabei eine untergeordnete Rolle.

Lange hat die Politik zielsicher diese demografische Entwicklung aus ihren Überlegungen ausgeblendet. Nun ist es nicht etwa fünf Minuten vor zwölf, wenn es darum geht, die Gesellschaft wieder zu verjüngen – es ist dreißig Jahre zu spät. Die Ursachen demografischer Entwicklungen liegen Jahrzehnte zurück.

Mit meinem Vortrag möchte ich Ihnen einen Einblick in dieses Uhrwerk der demografisch-gesellschaftlich-ökonomischen Veränderungen geben.

Demografische Zeitenwende: Bevölkerungsrückgang im tiefsten Frieden



Zunächst betrachte ich die drei Grundkräfte, die auf die demografische Entwicklung einwirken:

1. das Fortpflanzungs- und Geburtenverhalten der Menschen. Es zeigt sich in der Fertilität, also in der Kinderzahl pro Frau.
2. die Lebenserwartung als Folge eines gesundheitsorientierten Verhaltens. Sie ist der beste Indikator für den Entwicklungsstand eines Landes.
3. die Zuwanderung oder Migration.

Das Zusammenwirken dieser drei Faktoren hat nun dazu geführt, dass die Bevölkerung zurückgeht – obwohl wir uns im tiefsten Frieden befinden. Dies ist völlig neu in der Menschheitsgeschichte.

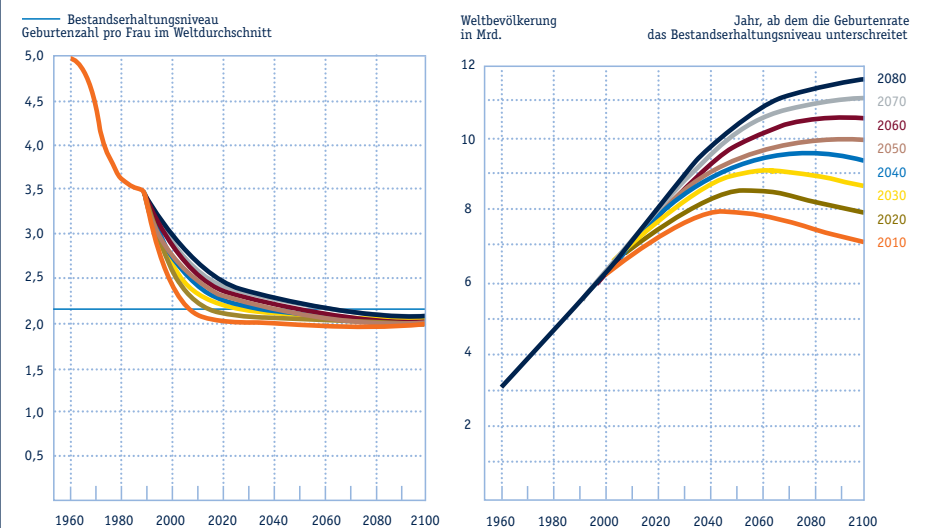
Und Deutschland spielt im Hinblick auf diese demografische Zeitenwende eine Vorreiterrolle unter den rund 200 Ländern der Welt. Der Trend zur abnehmenden Kinderzahl pro Frau hat mittlerweile jedoch alle Staaten erfasst – sogar jene, die jetzt noch stürmisch wachsen.

Während 1960 die Geburtenzahl pro Frau im Weltdurchschnitt noch bei fünf Kindern lag, ist der Wert heute auf 2,7 gesunken – mit weiter fallender Tendenz. Ab 2040 werden wir das globale Bestandserhaltungsniveau unterschreiten, und im Jahr 2050 erwartet uns eine Geburtenzahl pro Frau von lediglich 2,0. Zwar wächst die Weltbevölkerung dann durch die nachrückenden Frauen im gebärfähigen Alter noch etwa dreißig Jahre lang, bis im Jahr 2070 das Maximum erreicht wird. Doch wir können fest davon ausgehen, dass die Weltbevölkerung danach schrumpfen wird.

Die demografischen Prognosen sind bestechend genau. Voraussagen aus den fünfziger Jahren für das Jahr 2000 weichen lediglich um ein Prozent von der tatsächlichen Entwicklung ab. Dies ergibt sich aus der Materie selbst: Die künftigen Bevölkerungszahlen hängen vorrangig von der Größe der verschiedenen Altersgruppen ab und erst in zweiter Linie vom Verhalten der Menschen. So haben Prognosen eine hervorragende Rechenbasis.

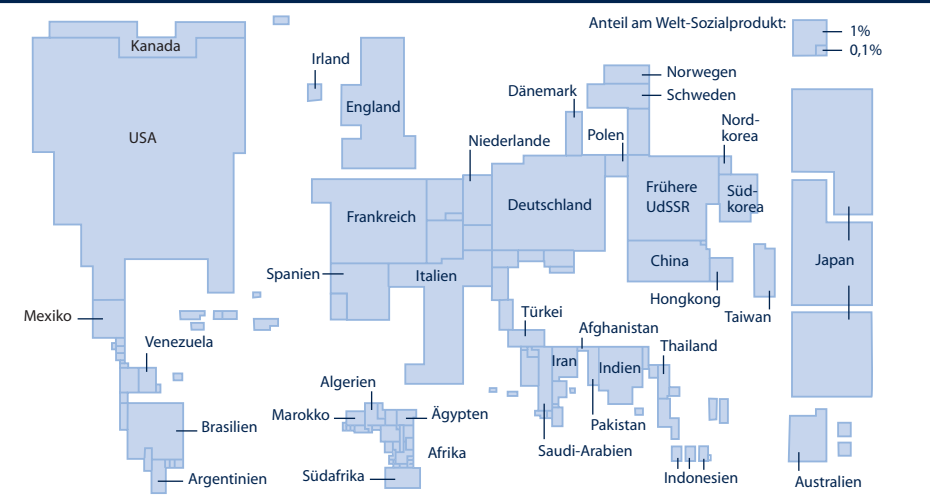
Quellen:
Datenbasis für die Jahre 1990–2100: Birg, H., World Population Projections for the 21st Century.
Datenbasis für die Jahre 1960–1985: Bulatao, R. A., et al. (eds.), World Population Projections 1989–90 Edition, Short- and Long-Term Estimates.

8 Varianten des Bevölkerungswachstums: nichtlinearer Rückgang der Kinderzahl pro Frau unter das Bestandserhaltungsniveau; mittlerer Trend der Lebenserwartung



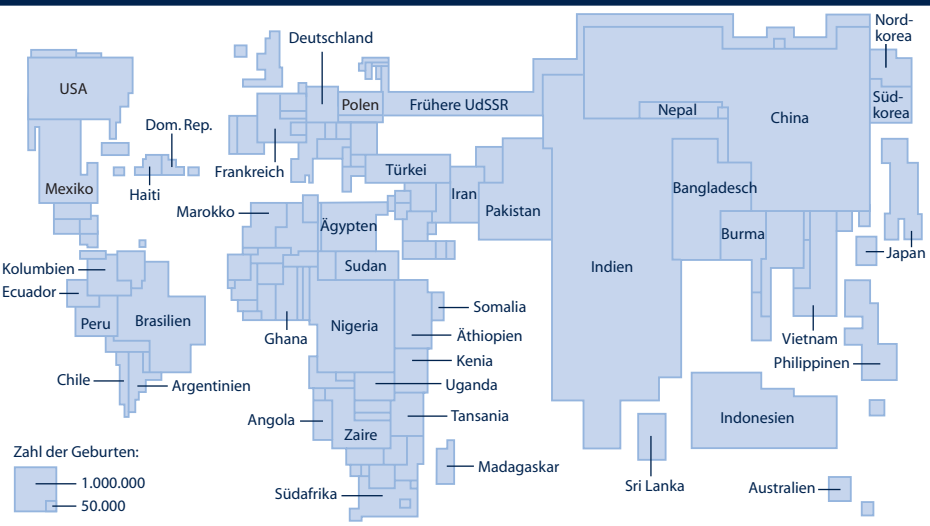
Ökonomische Weltkarte

Die Flächen der Länder sind proportional zu ihrem Bruttosozialprodukt.



Demografische Weltkarte

Die Flächen der Länder sind proportional zu ihrer Geburtenzahl.



Quelle: Birg, H., Demografische Zeitenwende, C. H. Beck, München, 2003, Seite 32, 33.

Demografisch-ökonomisches Paradoxon: je reicher das Land, desto geringer der Kinderwunsch

Generell weisen alle Länder, betrachtet über einen Zeitraum von etwa dreißig Jahren, eine gegenläufige Entwicklung zwischen der Zunahme der Lebenserwartung und der Fortpflanzungsrate auf. Dies bezeichne ich als das demografisch-ökonomische Paradoxon: Je höher das Einkommen der Menschen ist, desto stärker fragen sie Güter nach – nicht jedoch Kinder. Wenn dies über Jahrzehnte derart konträr weiterläuft, entwickelt sich die Welt demografisch und ökonomisch auseinander.

Zwei Weltkarten veranschaulichen dies eindrucksvoll

Die erste – ökonomisch ausgerichtete – Weltkarte zeigt die Länder als Flächen, deren Größe proportional zu ihrem Bruttosozialprodukt ist.

Der Schwerpunkt liegt auf den bekannten ökonomischen Supermächten. Ganze Kontinente wie Afrika erscheinen nur noch als „ökonomische Zwerge“.

Die zweite – demografisch ausgerichtete – Weltkarte zeigt die Flächen proportional zu den Geburtenzahlen.

Nun dominieren Afrika, Asien, China und Indien. Diese Länder mit geringer Wirtschaftskraft sorgen in den kommenden Jahrzehnten für ein deutliches demografisches Wachstum. Die wirtschaftlich starken Länder sind auf dieser Weltkarte verschwindend klein und stagnieren oder schrumpfen demografisch bereits jetzt. Zum Vergleich: Die neue, erweiterte Europäische Union hat heute gerade einmal ein Drittel der Einwohner Chinas. In Deutschland leben mit 82 Millionen Menschen nur 1,4 Prozent der Weltbevölkerung.

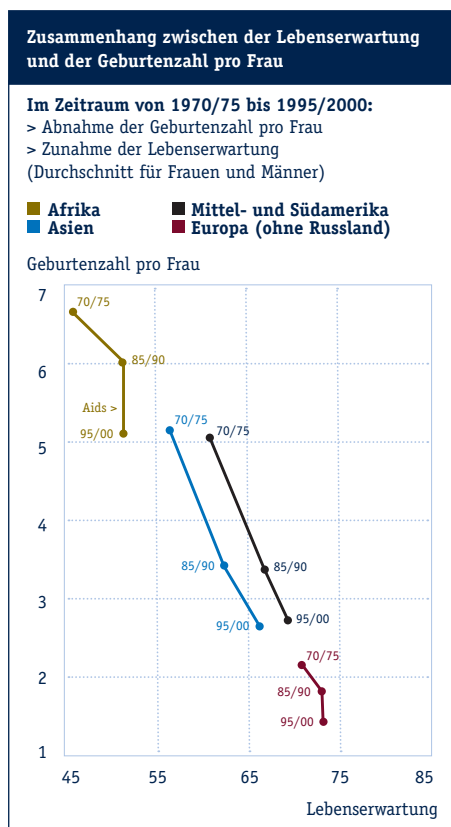
Potenzial zur demografischen und wirtschaftlichen Supermacht: China und Indien

Während China und Indien ökonomisch und demografisch das Potenzial zur doppelten Supermacht haben, treten die USA, Japan und Europa aus demografischer Sicht stark zurück.

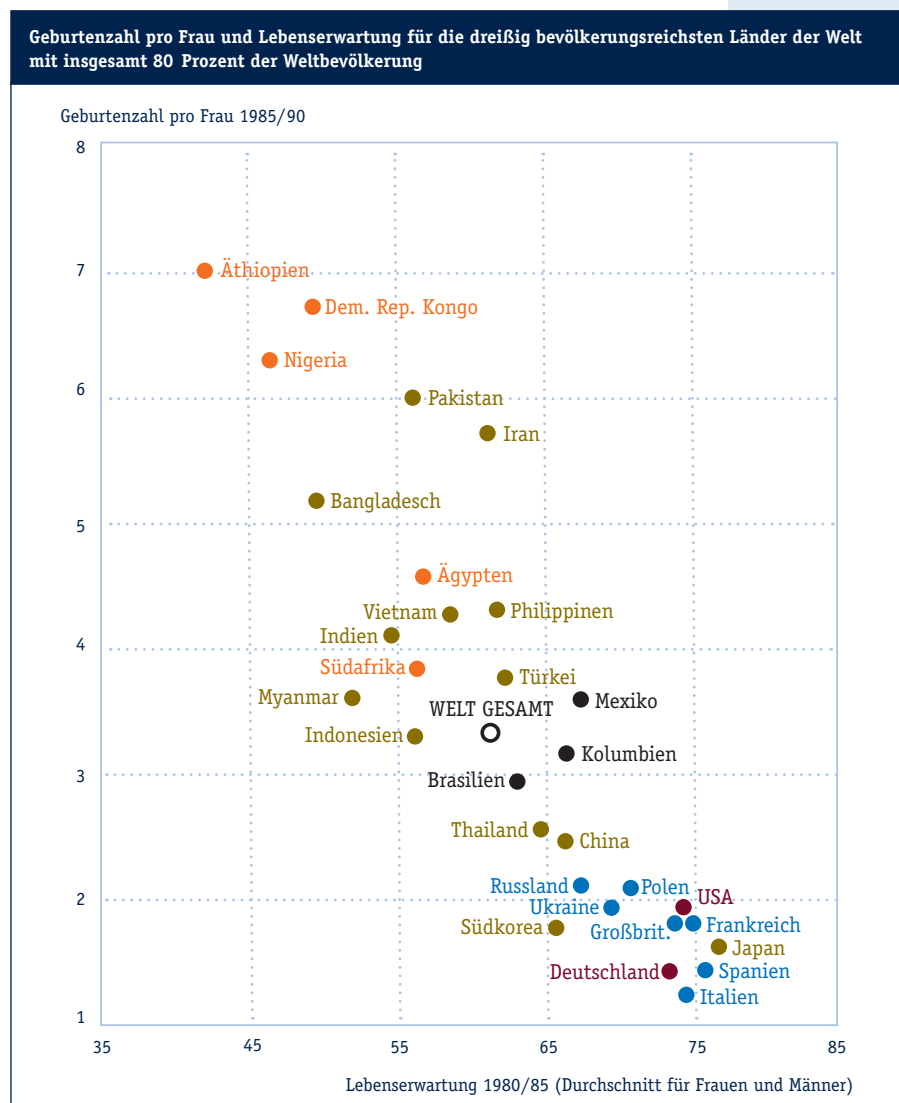
Länder mit niedrigster Geburtenrate: Spanien, Italien und Deutschland

Betrachten wir in den dreißig größten Ländern der Welt zunächst die Kinderzahl pro Frau, so weist Deutschland mit etwa 1,3 Kindern pro Frau eine der geringsten Quoten weltweit auf. Deutsche Frauen gebären im Schnitt 1,2 Kinder, zugewanderte 1,9 Kinder. Unterboten wird dieser Wert nur noch von Spanien und Italien, die weit weniger Zuwanderer als Deutschland beheimaten. Auch Frankreichs Geburtenrate liegt nur deshalb bei einem relativ hohen Wert von 1,9, weil die Zugewanderten – vorwiegend aus Afrika – dort drei, vier, fünf oder mehr Kinder haben.

Der Rückgang der Geburtenrate ist schon seit rund hundert Jahren im Gange. Seit der Einführung der modernen Sozialversicherung durch Bismarck Ende des 19. Jahrhunderts schrumpft in Deutschland die Zahl der Geburten – mit drastischen Einbrüchen in den beiden Weltkriegen und der Weltwirtschaftskrise. Der Pillenknick in den Sechzigern sorgte dann für einen drastischen Rückgang der Geburtenrate.



Quelle: Birg, H., Demografische Zeitenwende, C. H. Beck, München, 2003, Seite 27 (links), Seite 26 (rechts).





Entscheidung gegen Kinder: Rund ein Drittel aller 40-Jährigen entscheidet sich gegen Kinder

Immer mehr Menschen bleiben kinderlos. Gegen Kinder haben sich 32,1 Prozent des Jahrgangs 1965 entschieden. Ein Kind haben in diesem Jahrgang 18 Prozent, zwei Kinder 31 Prozent. Die 3-Kinder-Familie ist mit 19 Prozent noch etwas häufiger anzutreffen als die 1-Kind-Familie.

Auslöser für erneuten Geburtenrückgang: ungeborene Elterngeneration

Während Frauen des Jahrgangs 1860 noch durchschnittlich fünf Kinder zur Welt brachten, waren es im Jahrgang 1960 weniger als 1,6 Kinder.

Die Folge: Heute gibt es nicht genügend Eltern, die jene Kinder bekommen, die den Trend brechen könnten. Und da diese Elterngeneration definitiv fehlt, befinden wir uns am Beginn eines neuen Geburtenrückgangs. Entsprechendes gilt für den Zeitraum ab 2030.

Die Auswirkungen der sinkenden Geburtenraten auf die Altersstruktur der Weltbevölkerung sind dramatisch

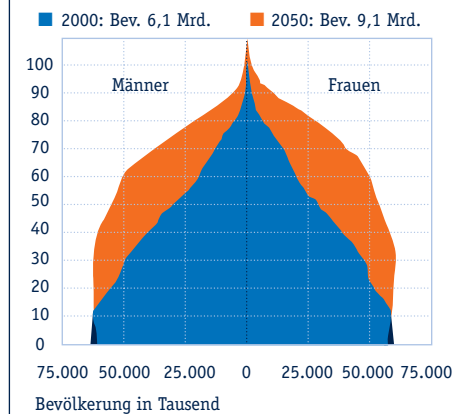
Die kegelartige Struktur aus dem Jahr 2000 mutiert, verstärkt durch die zunehmende Lebenserwartung, zu einer Glocke – eine Entwicklung, die wir in Deutschland schon lange kennen, denn eine richtige Alterspyramide gab es das letzte Mal um 1900. Seither hat sich die Lebenserwartung nahezu verdoppelt. Sie liegt bei Männern im Durchschnitt bei 76 Jahren, bei Frauen sogar bei 81 Jahren. Und das sind nur Durchschnittszahlen.

Im Einzelfall heißt das, dass jedes zweite heute geborene Mädchen wahrscheinlich mindestens 95, wenn nicht 100 Jahre alt wird.

Während 1870 lediglich 20 Prozent aller Frauen das 70. Lebensjahr erreichen, werden mittlerweile über 86 Prozent 70 Jahre und älter. Diese Zahlen sind gerade für die Versicherungswirtschaft extrem relevant – hat doch eine langfristige Kundenbindung einen besonders hohen Stellenwert.

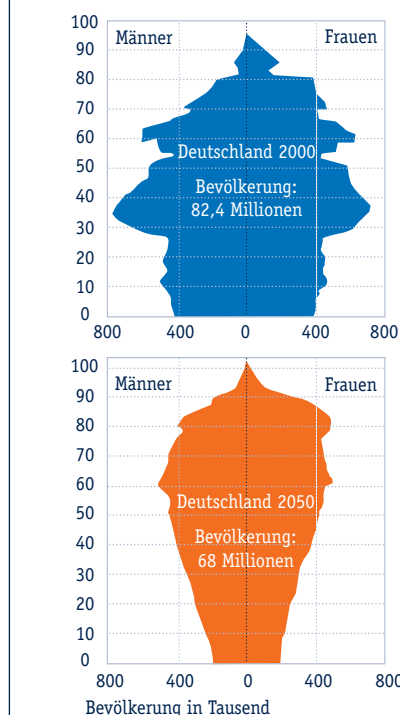
Datenquelle: Birg, H., Demografische Zeitenwende, C. H. Beck, München, 2003.

Weltbevölkerung in den Jahren 2000 und 2050



Datenquelle: UN (ed.), World Population Prospects: The 2004 Revision, New York, 2005.

Bevölkerung Deutschlands in den Jahren 2000 und 2050



Zuwanderer in Deutschland: bis 2050 ein Drittel der Gesamtbevölkerung

Obwohl es seit 1972 in Deutschland Jahr für Jahr mehr Sterbefälle als Geburten gibt, ist die hiesige Bevölkerungszahl nicht gesunken. Der Grund: Immense Einwanderungsüberschüsse konnten bisher den Schwund kompensieren und sogar überkompensieren.

Es ist kaum bekannt, dass Deutschland das wichtigste Einwanderungsland unter allen Industrieländern ist und seit Jahrzehnten mehr Zuwanderer als Geburten verzeichnet.

Deutschland hat mit durchschnittlich rund 800.000 Zuwanderungen jährlich drei- bis fünfmal so viele Menschen pro 100.000 Einwohner aufgenommen wie beispielsweise die USA, Kanada oder Australien, die uns immer als Vorbilder genannt werden.

Damit wächst die ausländische Bevölkerung zwischen 1998 und 2050 von 7,4 Millionen (9 Prozent) auf 19 Millionen beziehungsweise 27,9 Prozent. Das bedeutet enorme Integrationsanstrengungen in den kommenden Jahren, damit Deutschland in keine Multiminoritätengesellschaft zerfällt.

Trotz der Zuwanderer und unter der Annahme, dass die Geburtenrate bis 2010 auf das europäische Niveau von 1,5 steigt – wofür zurzeit nichts spricht –, würde die Bevölkerung in Deutschland weiter schrumpfen:

- > ohne Zuwanderer auf rund 30 Millionen im Jahr 2100
- > bei einem jährlichen Wanderungssaldo von 250.000 jüngeren Menschen auf knapp 60 Millionen

Selbst wenn es gelänge, die Geburtenrate rasch wieder auf zwei Kinder pro Frau zu erhöhen, kann dies die Alterung der Gesellschaft auf Jahrzehnte hinaus nicht mehr abwenden.

Unvorstellbar, aber wahr: Ein Land wie Indien könnte mit dem Geburtenüberschuss eines einzigen Jahres unser gesamtes Geburtendefizit von 16 Millionen bis zum Jahr 2040 kompensieren.

Stärkste Altersgruppe im Jahr 2050 in Deutschland: die über 60-Jährigen

Welche Auswirkungen wird nun dieses Geburtendefizit auf die Altersstruktur haben? Während die Zahl der über 60-Jährigen bis 2050 um rund zehn Millionen zunehmen und diese Altersgruppe sich zu einer höchst interessanten Zielgruppe entwickeln wird, schrumpft die Zahl der 20- bis 60-Jährigen um etwa 16 Millionen, die der unter 20-Jährigen um acht Millionen.

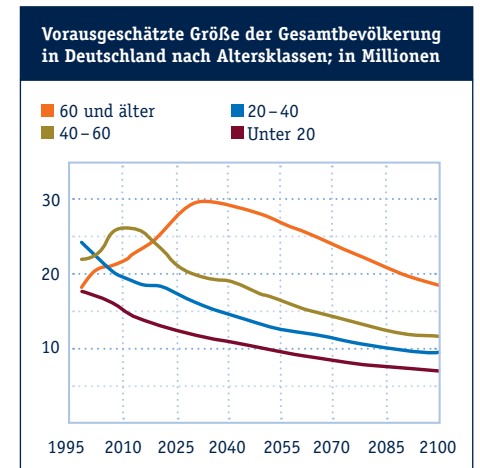
Die Gruppe der 20- bis 40-Jährigen als Quelle wissenschaftlichen und technischen Fortschritts wird sich in den nächsten Jahrzehnten – wie bereits seit den neunziger Jahren – um jährlich bis zu 400.000 verringern. Dies führt zu einer kontinuierlich schwächer werdenden Dynamik der deutschen Wirtschaft. Vermutlich müssen also auch zukünftig die Konjunkturprognosen immer wieder nach unten korrigiert werden.



Das zahlenmäßige Verhältnis zwischen den über 60-Jährigen und den 20- bis 60-Jährigen, bezogen auf 100 Menschen, wird sich in den nächsten 50 Jahren mehr als verdoppeln. Wenn man das ändern wollte, müsste man bis 2050 netto 188 Millionen Menschen einwandern lassen oder die Kinderzahl auf 3,8 Kinder pro Frau erhöhen – beides ist unmöglich.

Die Konsequenzen für unsere Sozialversicherungssysteme sind katastrophal und im Grundsatz unveränderbar, auch wenn durch eine Anhebung des Ruhestandsalters der Altenquotient immer wieder neu definiert würde.

Da jeder fehlende Beitragszahler auch ein fehlender Steuerzahler ist, nimmt außerdem die Fähigkeit des Staates ab, die Defizite der sozialen Sicherungssysteme durch Steuereinnahmen auszugleichen. Die demografische Alterung und die Bevölkerungsschrumpfung sind Ursachen der sich abzeichnenden Probleme und gleichzeitig reduzieren sie die Chancen, diese Probleme auf Sicht zu lösen.



Quelle: Birg, H., Demografische Zeitenwende, C. H. Beck, München, 2003, Seite 105.

Zukunftsansichten in der Rentenversicherung: private Altersvorsorge auf dem Vormarsch

Die Prognosen über die Rentenversicherung sind tausendfach von der Rürup-Kommission geprüft worden und die Ergebnisse erschweren es, sinnvolle Vorschläge zu machen.

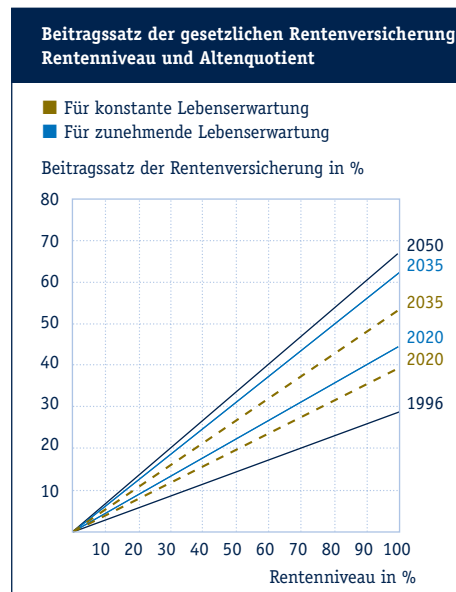
Ausgehend vom heutigen Rentenniveau von etwa siebenzig Prozent und einem Beitragssatz zur gesetzlichen Rentenversicherung von rund zwanzig Prozent stehen folgende Szenarien im Raum:

> Entweder muss der Beitragssatz auf 46 Prozent des Gehaltes erhöht werden, damit das jetzige Rentenniveau gehalten werden kann.

> Oder die Bürger müssen bei einem stabil bleibenden Beitrag ein Rentenniveau von höchstens 30 Prozent akzeptieren.

Dies gleicht der Wahl zwischen Pest und Cholera.

Angesichts solcher Zahlen kann ich mit Blick auf das Versicherungsgeschäft nur zu dem Schluss kommen, dass das Geschäftsfeld der privaten Altersvorsorge in den kommenden Jahren stark expandieren muss.



Quelle: Birg, H., Demografische Zeitenwende, C. H. Beck, München, 2003, Seite 175.

Gesetzliche Krankenversicherung: rapid steigende Ausgaben bei dramatisch sinkenden Einnahmen

Bei der gesetzlichen Krankenversicherung sind die Aussichten noch dramatischer. Die Pro-Kopf-Ausgaben für die Gesundheit sind im Alter etwa achtmal höher als in jungen Jahren. Konsequenz: Die demografische Alterung lässt die Ausgaben bis 2040 um rund 22 Prozent ansteigen und die Einnahmen rund 30 Prozent langsamer wachsen.

Um diese Entwicklung aufzufangen, müsste der Beitragssatz von heute 14 Prozent auf etwa 21 Prozent im Jahr 2040 ansteigen – es sei denn, das Versorgungsniveau würde stark verringert oder die Eigenbeteiligung stark erhöht. Diese Simulationsrechnung geht von der günstigen Annahme aus, dass der medizinisch-technische Fortschritt kostenneutral bleibt.

Es wird also spannend, wie die Parteien mit diesem konflikträchtigen und emotionsgeladenen Feld künftig umgehen – denn vieles ist ersetzbar im Leben, nicht jedoch die Gesundheit.



Gesetzliche Pflegeversicherung: Prinzip der Beitragsgerechtigkeit verletzt

Ähnlich sieht die Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben in der Pflegeversicherung aus. Der demografische Altenpflegequotient, der die Zahl der über 80-Jährigen angibt, bezogen auf 100 Menschen im Alter von 40 bis 60 Jahren, vervierfacht sich bis 2050.

Während in den Entwicklungsländern, die keine komfortablen gesetzlichen Absicherungen haben, die Familie die soziale Sicherung übernimmt, verlieren die Menschen in unserer Gesellschaft mit der Erosion der Familie ihren wichtigsten Stabilitätsanker: Da die Tendenz zur lebenslangen Kinderlosigkeit steigt, müssen immer mehr ältere Menschen außerfamiliäre Pflegeleistungen in Anspruch nehmen.

Da bei der Beitragsgestaltung in der Pflegeversicherung die Zahl der Kinder und deren Pflegeleistungen nicht berücksichtigt werden, wird hier das Prinzip der Beitragsgerechtigkeit in besonderem Maße verletzt.

Es ist dringend notwendig, diesen Interessengegensatz zwischen Menschen mit und ohne Kinder bei der Verteilung der steigenden Versorgungslasten so zu regeln, dass die verfassungsmäßig garantierten Grundlagen des sozialen Rechtsstaates auch in Zukunft erhalten bleiben.

Einige Ökonomen stellen nun die These auf, dass sich die mangelnde demografische Stabilität eines Landes und die dadurch entstehenden Löcher in den Sozialkassen durch steigende Produktivität schließen ließen.

Ihnen muss ich entgegenen, dass selbst eine Verdopplung des Pro-Kopf-Einkommens bis 2050 das Sozialprodukt real nur um rund ein Drittel steigen lässt, weil der Anteil sowie die absolute Zahl der produktiven Menschen schrumpfen. Um die Versorgung der Nicht-Erwerbstätigen zu gewährleisten, bleibt nicht viel von dieser Produktivitätssteigerung übrig.

Binnenwanderung: Alte Bundesländer wachsen, neue Bundesländer schrumpfen

Ein Blick auf die Bundesländer und Kommunen zeigt, dass es starke räumliche Unterschiede in der demografischen Entwicklung gibt und sich das Land künftig in Gewinner und Verlierer teilen wird: Während insbesondere alte Bundesländer wie Baden-Württemberg und Bayern noch bis 2030 – mehr oder weniger auf Kosten der anderen – wachsen werden, schrumpfen die neuen Bundesländer durch die Binnenwanderung.

Fakt ist, dass sich die alten Bundesländer die fehlenden, gut ausgebildeten jungen Arbeitskräfte durch direkte Abwanderung aus den neuen Bundesländern sichern. Allein in Mecklenburg-Vorpommern fehlt heute schon etwa ein Fünftel der Frauen im Alter von 20 bis 35 Jahren. Dadurch sinkt das wirtschaftliche Entwicklungspotenzial, was wiederum die Abwanderung verstärkt – die Abwärtsspirale ist kaum mehr zu stoppen. Und so werden wir – ähnlich wie in Italien, wo es eine strenge Nord-Süd-Teilung gibt – eine deutliche Trennung in Ost und West erfahren.

Gewinner der Binnenwanderung: die deutschen Mittelstädte

Gewinner und Verlierer gibt es auch bei den Kommunen. Jahr für Jahr wechseln rund vier Millionen Menschen den Wohnsitz zwischen den insgesamt 440 Stadt- und Landkreisen Deutschlands. Gewinner sind hier eindeutig die so genannten Mittelstädte mit bis zu 200.000 Einwohnern: Sie weisen heute noch relativ stabile Bevölkerungszahlen sowie überdurchschnittliche Geburtenraten auf und leben vor allem von Zuwanderungsüberschüssen aus anderen Gebieten Deutschlands. Dies ist demografisch gesehen ein Standortfaktor erster Klasse – und wenn die Bevölkerungswende irgendwann einmal eingeläutet werden sollte, muss sie meiner Meinung nach aus den Mittelstädten heraus gelingen. Die Geburtenrate liegt dort heute immerhin zwischen 1,5 und 1,8, während in vielen großen Städten lediglich 0,8 Kinder pro Frau geboren werden.

Der Mittelstand in Deutschland, der häufig in mittelgroßen Städten angesiedelt ist, wird in den nächsten zehn Jahren von den wirklich dramatischen Auswirkungen der demografischen Entwicklungen – noch – kaum tangiert werden. Die Mittelstädte spüren die Auswirkungen erst nach 2020.

Aus gutem Grund veröffentlichen übrigens die statistischen Landesämter ihre Bevölkerungsprognosen nur bis 2020: Bis dahin ist die Welt für die meisten Stadt- und Landkreise noch einigermaßen in Ordnung. Danach werden jedoch auch die mittelständischen Unternehmer, die das Rückgrat der deutschen Wirtschaft bilden, mit sinkenden Konsumentenzahlen umgehen müssen.

Gefragt sind dann gezielte Anpassungsstrategien, die Bevölkerungsexplosion bei den Älteren und die Bevölkerungsimplosion bei den Jüngeren berücksichtigen.



Konflikte vorprogrammiert

Zwischen Alt und Jung, Familien mit und ohne Kinder, Ost und West sowie Deutschen und Zuwanderern ...

Wenn unser Land aus dieser Baisse wieder herausfinden soll, führt kein Weg an einer effektiv betriebenen Bevölkerungspolitik vorbei – mit dem Ziel der Generationenerneuerung durch eine Erhöhung der Geburtenrate.

Wenn wir hier keine Erfolge erzielen, werden sich die mit der demografischen Entwicklung verbundenen Konflikte, die unsere Gesellschaft bereits heute belasten, noch verschärfen.

Deutschland wird sich in eine gesellschaftspolitische Großbaustelle verwandeln:

> Der Generationenkonflikt wird sich angesichts des wachsenden Verteilungsstressses zuspitzen.

> Die Zuwanderer werden bei den unter 40-Jährigen schon in fünf Jahren vielerorts die Hälfte der Bevölkerung stellen. Sie müssen wegen ihrer ungünstigeren Bildungsvoraussetzungen mit lebenslang schlechteren Chancen auf dem Arbeitsmarkt und schlechteren Vermögensverhältnissen rechnen als Einheimische. Dies birgt immenses Konfliktpotenzial.

> Die Schere zwischen wachsenden und schrumpfenden Bundesländern durch die Ost-West-Wanderung wird sich immer weiter öffnen.

> Die Gesellschaft teilt sich – schon jetzt – in zwei Teilgesellschaften: in Kinderlose und in Familien mit Kindern. Die Tatsache, dass Kinderlose keinen generativen Beitrag in Form künftiger Beitragszahler für die gesetzliche Renten-, Kranken-

und Pflegeversicherung leisten, wird zu einer Zerreißprobe in der Gesellschaft führen.

Mit der seit Jahrzehnten praktizierten Strategie, aussterbende Altersgruppen durch Einwanderer zu ersetzen, lässt sich keine gesellschaftlich nachhaltige Entwicklung erreichen. Abgesehen davon ist es unmoralisch, wenn die reichen Länder ihre demografischen Defizite auf Kosten der armen ausgleichen und damit demografischen Kolonialismus etablieren.

Politische Großtat gefragt: ohne Kinder kein Leben

Wenn wir es mit Hilfe der Politik schaffen könnten, den Wunsch nach Kindern durch eine Art Kulturrevolution zu stärken, würde es bis 2050 dauern, vielleicht sogar bis 2080, bis das Geburtendefizit wieder verschwunden wäre. Mich erstaunt es immer wieder, wenn Politiker, die auch Kinder und Enkelkinder haben, angesichts dieser Zahlen resignieren und den Eindruck erwecken, es lohne sich nicht mehr, zu handeln. Wenn eine Kulturnation wie Deutschland von der Grundsteinlegung des Kölner Doms 1248 bis zur Fertigstellung im 19. Jahrhundert nach vorne denken konnte – warum schaffen wir es nicht, über das eigene Leben hinauszudenken?

Gefragt ist eine erneute politische Großtat, ähnlich wie sie Bismarck Ende des 19. Jahrhunderts mit der Sozialversicherung vollbracht hat, die im 20. Jahrhundert weltweit als Vorbild galt. Wir brauchen eine Innovation ersten Ranges, weil wir als erstes Land der Welt massive Probleme bekommen werden.

„Im Zentrum des Wirtschaftens steht der Mensch“, sagen klassische Lehrer der Volkswirtschaftslehre in Deutschland. Doch diese Zeiten sind vorbei. Die Wirtschaft dominiert so stark, dass ich daran erinnern möchte, dass sich das Leben, um das sich ja alles dreht, nicht an andere delegieren lässt. Und dazu brauchen wir Kinder – sonst gibt es kein Leben.

Impressum

Herausgeber:

R+V Versicherung, Konzern-Kommunikation,
Tanusstraße 1, 65193 Wiesbaden

Verantwortlich: Rita Jakli

Redaktion: Carolin Preuße, Inge Neudahm

Layout: Hagström Wilhelm Werbeagentur
GmbH, Frankfurt a. M.

Druck: Raiffeisendruckerei, Neuwied

1. Auflage, September 2005

